

Wettrüstens und im Übergang zur effektiven Abrüstung, besonders im Bereich der Kernwaffen, die Schlüsselfrage der Gegenwart.

Beide Seiten würdigten die Gemeinsame Erklärung der höchsten Repräsentanten sozialistischer Länder vom 28. Juni 1983 in Moskau als Beweis für die konsequente Fortsetzung der gemeinsamen Anstrengungen der Staaten des Warschauer Vertrages zur Abwendung der Kriegsgefahr und zur Gesundung der internationalen Lage. Gleichzeitig wiesen sie auf die Aktualität der in der Prager Politischen Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 5. Januar dieses Jahres enthaltenen Friedensvorschläge hin, vor allem in bezug auf den Abschluß eines Vertrages über den gegenseitigen Verzicht auf die Anwendung militärischer Gewalt und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und den Mitgliedstaaten der NATO. Nach gemeinsamer Überzeugung beider Seiten könnte die Annahme dieser weitreichenden Vorschläge zu einer positiven Wende in den internationalen Beziehungen beitragen.

Die DDR und die VRP werten die von der UdSSR einseitig übernommene Verpflichtung, nicht als erste Kernwaffen anzuwenden, als Ausdruck hoher Verantwortung für das Schicksal der Menschheit und einer konstruktiven Friedens-, Politik. Sie halten es für erforderlich, daß alle anderen Kernwaffenmächte, die dies bisher nicht getan haben, eine analoge Verpflichtung übernehmen.

Erich Honecker und Wojciech Jaruzelski wiesen mit gebotenem Ernst darauf hin, daß das weitere Anheizen des Wettrüstens, insbesondere die Stationierung neuer amerikanischer Raketenwaffen mittlerer Reichweite auf dem Territorium einiger europäischer NATO-Staaten, Europa und die Welt einer gefährlichen Bedrohung aussetzen würde. Ausgehend von den Interessen des Friedens und der Sicherheit, sind die DDR und die VRP entschlossen, im Bündnis mit der UdSSR und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft das Erforderliche zu tun, um nicht zuzulassen, daß die USA und ihre Verbündeten militärische Überlegenheit erlangen.

Beide Seiten sprachen sich für den Abschluß von Vereinbarungen bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf über die Begrenzung und Reduzierung strategischer Waffen und der Kernwaffen in Europa auf der Grundlage des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit aus. Die DDR und die VRP unterstützen voll und ganz die Position der UdSSR bei diesen Verhandlungen.

Erich Honecker und Wojciech Jaruzelski hoben die Bedeutung der Schaffung atomwaffenfreier Zonen in verschiedenen Regionen Europas für die Minderung der Gefahr einer nuklearen Konfrontation auf unserem Kontinent hervor. Die polnische Seite bekundete erneut ihre Unterstützung für die Bereitschaft der DDR, ihr gesamtes Territorium für die Schaffung einer von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freien Zone bei Wahrung des Prinzips der Gleichheit und der glei-